

# Dienstvertrag

Die  
**Freie und Hansestadt Hamburg,**  
**Behörde für Kultur und Medien - Amt Staatsarchiv,**  
ST,  
Kattunbleiche 19, 22041 Hamburg

- nachfolgend „Stadt“ genannt -

und das

Hamburg Informatik Technologie Center e.v.,  
c/o Fachbereich Informatik der Universität Hamburg  
Vogt-Kölln-Straße 30, 22527 Hamburg

- nachfolgend „Auftragnehmer“ genannt -

schließen folgenden  
**Dienstvertrag**  
zur kurzfristigen Sicherstellung des  
Betriebs als Basis für die spätere Weiterentwicklung  
für das Projekt

Transparenzportal Hamburg

## **§ 2 Vertragsgrundlagen**

- (1) Vertragsgrundlage sind die Leistungsbeschreibungen der Stadt Hamburg vom 6.10.2020 ([Aufgaben-FL-Transparenzportal-V1.0.docx \(ondataport.de\)](#)) sowie das Vertragsangebot des Auftragnehmers vom 8.11.2022.
- (2) Im Übrigen liegen dem Vertrag, soweit nicht anders vereinbart, die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen, Teil B (VOL/B) und die „Zusätzlichen Vertragsbedingungen“ (ZVB), ergänzend hierzu die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB), insbesondere die des Dienstvertrags, zugrunde, bei Widersprüchen in dieser Reihenfolge.

## **§3 Zusammenarbeit**

Ansprechpartner auf Seiten 



## **§ 4 Pflichten des Auftragnehmers**

- (1) Der Auftragnehmer wird seine Tätigkeit selbständig [ggf. freiberuflich] ausüben. Er ist bei der Gestaltung seiner Tätigkeit vollkommen frei und nicht an Weisungen der Stadt gebunden. So bestimmt er insbesondere seinen Tätigkeitsort, die Tätigkeitszeit und die Art und Weise der Tätigkeit eigenständig nach pflichtgemäßem Ermessen.
- (2) Es liegt kein Arbeitsvertrag im Sinne des § 611a BGB vor. Ein Arbeitsverhältnis wird durch diesen Vertrag weder begründet noch angestrebt.
- (3) Zu der Tätigkeit gehören insbesondere die unter § 1 genannten Leistungen.
- (4) Sofern im Einzelfall die persönliche Anwesenheit des Auftragnehmers in den Amtsräumen oder bei Terminen der Stadt erforderlich sein sollte, steht der Auftragnehmer hierfür zur Verfügung. Die Termine werden insoweit zwischen den Vertragsparteien abgestimmt.

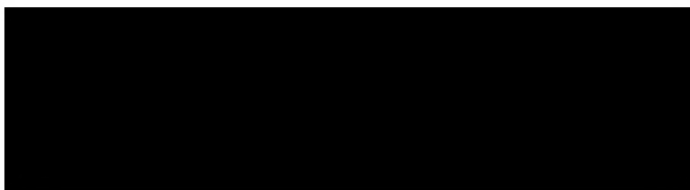
(3) Das angefallene Honorar wird der Auftragnehmer der Stadt am Ende eines jeden Quartals in Rechnung stellen.

(4) Der Auftragnehmer wird der Stadt vierteljährlich zu folgenden Terminen (31.3.2023, 30.6.2023, 30.9.2023)

eine Abrechnung erstellen, in der eine Aufstellung und Erläuterung der im Abrechnungszeitraum ausgeführten Tätigkeiten und der Zeitaufwand im Einzelnen dargelegt und die enthaltene Umsatzsteuer gesondert ausgewiesen ist.

Die Stadt verpflichtet sich, das Honorar innerhalb von 14 Tagen nach Erhalt einer ordnungsgemäßen Rechnung auf das Konto des Auftragnehmers zu überweisen. Zahlungen für erbrachte Leistungen können nur aufgrund prüffähiger Rechnungen geleistet werden, auf denen die Steuernummer anzugeben ist.

Die Bankverbindung des Auftragnehmers lautet:



(5) Ein Vergütungsanspruch besteht ausschließlich für solche Tage, an denen der Auftragnehmer tatsächlich für die Stadt tätig geworden ist. Ein Anspruch auf Vergütung im Krankheitsfall besteht ebenso wenig wie ein Anspruch auf Urlaub oder Urlaubsgeld.

(6) Der Auftragnehmer ist für die Einhaltung aller aus dieser Vereinbarung für ihn entstehenden steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Verpflichtungen selbst verantwortlich.

Er verpflichtet sich, zu entrichtende Steuern selbständig abzuführen und die Stadt insoweit von jeglicher Haftung für steuerrechtliche Ansprüche freizuhalten.

Ihm ist bekannt, dass die Stadt dem zuständigen Finanzamt eine Mitteilung über den Namen, die Anschrift und die von der Stadt geleistete Vergütung nebst Grund, Datum und Höhe der Zahlungen zur Verfügung stellen wird.

Der Auftragnehmer macht hierzu folgende Angaben:



---

---



- (3) Vom Auftragnehmer selbst erstellte Unterlagen (z.B. im Rahmen von Befragungen u.ä.) mit personenbezogenen oder personenbeziehbaren Daten sind nicht an die Stadt auszuhändigen. Der Auftragnehmer wird der Stadt entsprechende Ergebnisse nur in aggregierter und anonymisierter Form übermitteln. Er wird die selbst erstellten Unterlagen mit personenbezogenen oder personenbeziehbaren Daten nach Gebrauch fachgerecht vernichten. Eine darüber hinaus gehende oder abweichende Nutzung ist unzulässig.
- (4) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, bei der Verarbeitung der personenbezogenen oder personenbeziehbaren Daten die Vorschriften des Hamburgischen Datenschutzgesetzes (HmbDSG) und der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)<sup>1</sup> in der jeweils geltenden Fassung zu beachten. Dies betrifft insbesondere die Sicherungsmaßnahmen nach Art. 28 Abs.3 lit. c) i.V.m. Art. 32 DSGVO. Er unterwirft sich insoweit der Kontrolle durch den Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit. Ferner verpflichtet sich der Auftragnehmer zur Bestellung eines eigenen Datenschutzbeauftragten, soweit die Voraussetzungen der Art. 37 ff. DSGVO vorliegen.
- (5) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, alle ihm im Zusammenhang mit dem Auftrag bekanntwerdenden Informationen und Vorgänge - auch nach dessen Abschluss - geheim zu halten und nicht an Dritte weiterzugeben. Er hat insbesondere sicherzustellen, dass Unbefugte keinen Zugriff auf die den Auftrag betreffenden Unterlagen erhalten.
- (6) Der Auftragnehmer stellt sicher, dass sich diese Geheimhaltungspflicht auch auf seine Beschäftigten erstreckt und nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses mit einer/m Beschäftigten bestehen bleibt. Dasselbe gilt auch für andere Firmen und Personen, die der Auftragnehmer – nach vorheriger Zustimmung der Stadt (§ 4 Absatz 6) – ggf. heranzieht.
- (7) Der Auftragnehmer wird die von der Stadt zur Verfügung gestellten Unterlagen sorgfältig verwahren, vor Einsichtnahme Dritter schützen und mit dem Ende des Vertrages zurückgeben. Die Geltendmachung eines Zurückbehaltungsrechts ist ausgeschlossen. Er wird auf Verlangen schriftlich bestätigen, dass er nicht mehr im Besitz von Unterlagen jedweder Art ist, die im Eigentum der Stadt stehen oder ihm von dieser im Zusammenhang mit diesem Vertrag überlassen worden sind.
-

seiner geistigen Eigenart zu bearbeiten oder umzugestalten, ungeachtet der Verwertungszwecke.

Der Auftragnehmer gestattet der Stadt, jedermann die freie Nutzung, Weiterverwendung und Verbreitung sowohl für nicht-kommerzielle als auch kommerzielle Zweck im Umfang der eingeräumten Nutzungsrechte zu gestatten.

3. Der Auftragnehmer verzichtet auf die Geltendmachung von urheberrechtlichen Abwehransprüchen gegen Dritte; hiervon nicht erfasst sind Ansprüche wegen unterlassener Anerkennung der Urheberschaft (§ 13 UrhG) und wegen gröblicher Entstellung des Werkes (§ 14 UrhG).

## **§ 10 Urheberrechte / Nutzungsrechte / Veröffentlichung im Übrigen**

Sofern oder solange die Stadt die Ergebnisse des Auftrages nicht nach § 9 dieses Vertrages im Informationsregister veröffentlicht hat, gilt Folgendes:

1. Soweit rechtlich zulässig, überträgt der Auftragnehmer die Eigentumsrechte für jedes urheberrechtlich geschützte oder nach sonstigem Schutzrecht schutzfähige Arbeitsergebnis (einschließlich der Arbeits- und Berichtsunterlagen), das von ihm allein oder mit anderen im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit / dem Projekt für die Stadt erstellt worden ist, im Zeitpunkt seiner Entstehung an die Stadt. Ferner überträgt er das ausschließliche und uneingeschränkte Nutzungs- und Verwertungsrecht an diesen Arbeitsergebnissen an die Stadt.
2. Im Rahmen des Zumutbaren verpflichtet sich der Auftragnehmer, alles Erforderliche zu tun, um die Stadt in die Lage zu versetzen, eine Registrierung oder einen sonstigen Schutz des betreffenden Rechtes zu erwirken.
3. Die Stadt hat das Recht zu Veröffentlichungen unter Namensangabe des Auftragnehmers. Der Auftragnehmer darf die im Zusammenhang mit diesem Auftrag erzielten Erkenntnisse und Ergebnisse (einschließlich der Arbeits- und Berichtsunterlagen)



## **§ 12 Haftung und Gewährleistung**

Der Auftragnehmer übernimmt die Haftung und Gewähr gegenüber der Stadt für eine ordnungsgemäße Ausführung seiner Leistungen nach den neuesten Erkenntnissen über Organisation, Wirtschaftlichkeit und Technik. Die Untersuchungsergebnisse, Beurteilungen und fachlichen Empfehlungen müssen für den vorgesehenen Zweck brauchbar und vollständig sein.

## **§ 13 Vertragsänderungen und -ergänzungen**

Nebenabreden zu diesem Vertrag bestehen nicht. Änderung oder Ergänzung dieses Vertrages bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Dies gilt auch für die Änderung der Schriftformklausel.

## **§ 14 Schlussbestimmungen**

1. Erfüllungsort und Gerichtsstand für beide Vertragsparteien ist Hamburg.
2. Sollte eine Bestimmung dieses Vertrags ganz oder teilweise unwirksam oder nicht durchsetzbar sein oder werden, wird die Wirksamkeit und die Durchsetzbarkeit der übrigen Vertragsbestimmungen davon nicht berührt. Anstelle der unwirksamen bzw. nicht durchsetzbaren Bestimmung tritt eine rechtsgültige Bestimmung, die dem von den Vertragsparteien Gewollten wirtschaftlich am nächsten kommt. Entsprechendes gilt für das Vorliegen und Ausfüllen etwaiger Regelungslücken.
3. Jede Vertragspartei erhält eine Ausfertigung dieses Vertrages.

